Anbei finden Sie die Rede von Herrn Wilbrand die ursprünglich im Rahmen der Bürgerversammlung in Erzhausen am 01.09.2025 vorgesehen war.

Aufgrund einer kurzfristigen Änderung im Ablauf konnte sie leider nicht wie geplant gehalten werden.

Wir stellen Ihnen die Rede an dieser Stelle gerne zur Verfügung.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen,

zunächst einmal herzlichen Dank, dass ich als Vertreter des Erzhäuser Lieblingsfeinds Egelsbach heute hier sprechen darf. Aber die Umstände verlangen es.

Lassen Sie es mich zu Beginn klar und deutlich sagen: diese Entscheidung der Fluglärmkommission ist undemokratisch, sie ist ungerecht, sie ist ökonomisch und ökologisch nicht zu vertreten und sie ist rechtlich fragwürdig.

Die Entscheidung zur Flugroutenverlegung ist undemokratisch, weil darüber eine Kommission entschieden hat, in der fast ausschließlich Kommunen sitzen, die von der Entscheidung entweder nicht betroffen sind, oder sogar profitieren. Erzhausen war in der Fluglärmkommission alleine auf weiter Flur. Messel und Egelsbach waren überhaupt nicht vertreten. Von einer Beteiligung der Bevölkerung der betroffenen Gebiete wollen wir hier erst gar nicht anfangen zu sprechen.

Die Entscheidung zur Flugroutenverlegung ist ungerecht, weil sie auf der Basis falscher Voraussetzungen getroffen wurden. Die Zahlen der Neu- bzw. Mehrbelasteten, wie auch die Zahlen der Entlasteten, wurde in Modellen errechnet. In der Realität werden jedoch wesentlich weniger Menschen entlastet. So klagen vermeintlich entlastete Stadtteile, wie Gräfenhausen und Wixhausen, über mehr Fluglärm, weil die Flieger langsamer steigen und in den Kurven mehr Lärm verursachen.

Es werden deutlich mehr Menschen deutlich stärker belastet. Egelsbach ist überhaupt nur in das Konsultationsverfahren mit aufgenommen worden, weil ich darauf bestanden habe. Rein rechnerisch sind wir nur am südlichsten Rand von Bayerseich geringfügig betroffen. Die Realität sieht anders aus.

Die Entscheidung zur Flugroutenverlegung ist aber auch deshalb ungerecht, weil Menschen, die sich in den letzten Jahrzehnten bewusst für das Wohnen unter einer Flugroute entschieden haben, die entsprechenden Preise oder Mieten für Ihre Immobilien bezahlen oder bezahlt haben und gegebenenfalls noch von der FRAPORT finanziell bei der Investition in passiven Schallschutz, wie mehrfachverglaste Fenster, unterstützt wurden, jetzt auf Kosten von Menschen entlastet werden, die eben genau diese Entscheidungen anders getroffen haben, die entsprechenden Kosten auf sich genommen haben und auch keine Unterstützung für den Schallschutz bekommen haben.

Die Entscheidung zur Flugroutenverlegung ist darüber hinaus ungerecht, weil sie alle anderen Lärmfaktoren, die für Egelsbach und Erzhausen nahezu in gleichem Maße gelten, nämlich der Fluglärm vom Verkehrslandeplatz, der hochfrequentierten Bahnlinie und den zwei Autobahnen überhaupt nicht berücksichtigt.

Die Entscheidung zur Flugroutenverschiebung ist aber auch ökonomischer und ökologischer Schwachsinn. Durch die zwei Kurven, die die Flugzeuge nun fliegen müssen, wird mehr Kerosin verbraucht. Dies kostet die Fluggesellschaften nicht nur mehr Geld, es wird auch mehr CO2 und mehr

Feinstaub ausgestoßen. Davon abgesehen steigen die Flieger auch weniger schnell, was dazu führt, dass der Gesamtlärm, der in der Region ankommt, größer wird, unabhängig davon, wem er schadet.

Die Entscheidung zur Flugroutenverschiebung ist schon aus allen bisher genannten Gründen rechtlich fragwürdig. Aber schon die Frage, ob es eine Rechtsgrundlage dafür gibt, Flugrouten aus Gründen der vermeintlichen Fluglärmreduzierung vorzunehmen, kann zumindest in Frage gestellt werden. Darüber hinaus ist der Frankfurt Fluglärmindex 2.0, auf dessen Basis diese Entscheidung erfolgt ist, keine irgendwie rechtlich abgesicherte Grundlage für eine Entscheidung. Abschließend ist fraglich, ob den Sicherheitsaspekten nach dem Abbruch des ersten Probebetriebes ausreichend Rechnung getragen wurde. Hierzu verweigert man uns den ungeschwärzten Bericht, den Erzhausen aktuelle einklagt.

Gegen diese Entscheidung zur Flugroutenverschiebung müssen wir also gemeinsam vorgehen. Aus meiner Sicht lässt sich der Widerstand in drei Phasen einteilen:

- 1. Ganz aktuell müssen wir alles versuchen, um den Probebetrieb einzustellen. Dafür gibt es zwei Instrumente. Zum einen müssen wir alle sicherheitsrelevanten Vorkommnisse zeitnah an die zuständigen Stellen, vor allem die Deutsche Flugsicherung, melden. Zum anderen müssen erste Ergebnisse der nun aufgestellten Fluglärmkommission zeitnah ausgewertet werden, damit nachgewiesen werden kann, dass die zur Abwägung erarbeiteten Berechnungen nicht mit der Realität übereinstimmen. Damit kann nicht bis zum Ende des Probebetriebs im Juni 2026 gewartet werden.
- 2. Sollten wir damit keinen Erfolg haben, müssen wir alles daransetzen, die Überführung des Probebetriebs in einen Regelbetrieb zu verhindern. Dazu müssen wir darauf achten, dass die Lärmmessungen auch die tatsächlichen Belastungen widerspiegeln. Darüber hinaus fordere ich, dass alle neubelasteten Kommunen bei der Entscheidung ein Stimmrecht bekommen und nicht nur die Kommunen die entweder nicht betroffen sind, oder von der Verlegung profitieren.
- 3. Sollten wir auch damit nicht erfolgreich sein, so müssen wir schon heute alles für ein mögliches Klageverfahren vorbereiten. Dazu haben wir entsprechende Rechtsbeistände beauftragt.

Die Geschichte der Bürgerproteste gegen Fluglärm von der Startbahn West in den 1980er Jahren, über die Nordwestbahn bis zum segmented approach haben gezeigt, dass sich die Entscheidungsträger wenig von Bürgerprosteten beeindrucken lassen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir versuchen, über die rechtlichen und andere formale Wege, wie die Kriterien zur Verlegung, die die Fluglärmkommission selbst anlegt, diesen Wahnsinn zu stoppen.

Und ich bin guter Dinge, dass wir gemeinsam hier eine ganze Menge bewegen können. Wenn selbst zwei so traditionell in Rivalität verbundene Kommunen wie Egelsbach und Erzhausen es schaffen, Ihre Differenzen beiseite zu legen und gemeinsam gegen diese Ungerechtigkeit vorzugehen, dann haben wir vielleicht wirklich die Chance, auch gegen den Einfluss unseres großen südlichen Nachbarn etwas auszurichten.

Ich jedenfalls bin bereit, zu kämpfen!